

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Kulturausschusses am 16.09.2015
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Haus Meer	4
3 Zuschuss für denkmalpflegerische Maßnahmen Vorlage: DezIII/0291/2015	5
4 Zuschüsse für private Denkmaleigentümer Vorlage: DezIII/0290/2015	5
5 Bericht über die Arbeit der Musikschule Vorlage: FB3/0089/2015	6
6 Ausstellungsplanung Teloy-Mühle 2016 Vorlage: FB3/0091/2015	7
7 Anträge	8
8 Anfragen	8
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
10 Termin der nächsten Sitzung: 25. November 2015	8
11 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jörg Wartchow

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Radmacher Sachkundiger Bürger

Frau Verena Schäfer Sachkundige Bürgerin

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied

Frau Birte Wienands Sachkundige Bürgerin

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Frau Christa Buers Sachkundige Bürgerin

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jörg Schleifer

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Torsten Schmitt Sachkundiger Bürger

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Stefani Schmoll

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Frau Vera Wiegner-Broscheit Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Detlef Krügel Bereichsleiter Fachbereich 3

Frau Stephanie Roters Denkmalschutz und Denkmalpflege

Frau Dr. Rosemarie Vogelsang Ehrenamtliche Denkmalbeauftragte

Schriftführer

Herr Thomas Cieslik Fachbereich 3

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Jörg Schleifer

Sachkundiger Bürger

von der UWG-Fraktion

Frau Stefani Schmoll

Sachkundige Bürgerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ausschussvorsitzender Neuhausen die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen zu Angelegenheiten des Kulturausschusses gestellt.

2 Haus Meer

Beigeordneter Dr. Gérard gibt einen Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Grabungen auf dem Gelände von Haus Meer. In der Summe könne festgehalten werden, dass bei den Grabungen keine spektakulären Funde gemacht worden seien. Die Funde deuteten darauf hin, dass die Römersiedlung auf dem Gebiet von Haus Meer größer gewesen sei als ursprünglich vermutet. Neben vereinzelt Funden aus dem Hochmittelalter seien die meisten Stücke dem Spätmittelalter und der Klosterzeit zuzuordnen. Darunter auch ein Kanalfragment, das auf den Verlauf des umgeleiteten Mühlenbaches auf dem Klostergelände hindeute. Abschließend lasse sich das Ergebnis noch nicht beurteilen, es sei lediglich eine Tendenz zu erkennen.

Sachkundiger Bürger Radmacher kritisiert, man grabe dort, wo laut der ihm bekannten Planlage nichts zu finden sei und sage hinterher ‚da ist nichts‘. Ratsherr Banse möchte wissen, ob der Investor weiter an dem Projekt interessiert sei. Dr. Gérard antwortet, der Investor sei weiter interessiert, da es nicht danach aussehe, dass der Bebauung des Geländes im geplanten Umfang etwas im Wege stünde.

Ratsherr Fischer erkundigt sich, wann das Gelände wieder plan gemacht wird. Ehrenamtliche Denkmalbeauftragte Dr. Vogelsang merkt an, bei der Bewertung seien die „Stobbe-Funde“ nicht berücksichtigt. Sie weist insbesondere auf eine Mauer hin, die wohl keine Hausmauer, sondern eher ein Teil der Immunitätsmauer sei und die auch im Weihe-Plan verzeichnet sei.

Dr. Gérard vermutet, dass die Einebnung des Geländes erst nach dem Abschlussbericht erfolge, damit bei aufkommenden Fragen noch einmal nachgearbeitet werden könne. Außerdem weist er darauf hin, dass der Auftrag für die Ausgrabungen gewesen sei zu prüfen, ob sich eine Bebauung aus Denkmalschutzgründen verbiete. Eine archäologische Gesamtbetrachtung sei nicht der Grabungsauftrag gewesen.

Sachkundiger Bürger Hünseler möchte wissen, ob der abschließende Grabungsbericht auch der Verwaltung vorgelegt werde. Dr. Gérard bejaht das und ergänzt auf Nachfrage, dass dies bis zu einem halben Jahr dauern könne.

In der anschließenden sehr intensiven Debatte äußern mehrere Ausschussmitglieder ihren Unmut über den Zustand der auf dem Gelände befindlichen denkmalgeschützten Objekte. Mehrfach wird die Verwaltung aufgefordert, Einfluss auf den Eigentümer zu nehmen, damit dieser mehr für den Erhalt des Denkmals tut.

Beigeordneter Dr. Gérard drückt sein Verständnis für den Ärger über den Zustand des Denkmals aus. Er selbst finde das Aussehen auch alles andere als schön. Er weist aber nachdrücklich auf den eingeschränkten Handlungsspielraum der Verwaltung hin. Die Verwaltung könne eingreifend tätig werden, wenn strukturelle Veränderungen den Bestand des Denkmals gefährdeten. Beides sei bei der letzten Augenscheinnahme geprüft worden, mit dem Ergebnis, dass zurzeit kein Handlungsbedarf bestehe. Er verweist weiter darauf, dass die neuere Rechtsprechung einen Unterhaltungsaufwand für den durch die Eintragung seines Grundstücks in die Denkmalliste Verpflichteten über den Gegenwert erzielter oder erzielter Erträge hinaus als unverhältnismäßig betrachte. Es sei heute durchaus möglich, ein Denkmal „in Ruhe verfallen zu lassen“.

Frau Dr. Vogelsang bietet den Mitgliedern des Ausschusses eine Führung durch den Park an, damit sie sich selbst ein Bild davon machen könnten, wie „ein Denkmal von nationaler Bedeutung“ aussehe. Ausschussvorsitzender Neuhausen greift die Anregung auf und schlägt einen Ortstermin vor der nächsten Ausschusssitzung am 25. November um 15.30 Uhr vor. Dem wird nicht widersprochen.

3 Zuschuss für denkmalpflegerische Maßnahmen **Vorlage: DezIII/0291/2015**

Beschluss:

Der Kulturausschuss beschließt einen Zuschuss für die Restaurierung einer Stuckdecke für das Objekt „Baudenkmal Alte Weinschänke“, Hauptstraße 23 in Meerbusch Lank-Latum in Höhe von 3.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3	5	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke und Piratenpartei	1		
GESAMT	12	5	

Der Antrag ist damit angenommen.

Denkmalpflegereferentin Roters erläutert den Antrag der Verwaltung. Sachkundiger Bürger Schmoll wünscht sich insgesamt eine höhere Bezuschussung privater Denkmalschutzmaßnahmen, da die Summe in der Regel nur einen Bruchteil der tatsächlich entstehenden Kosten ausmache. Unter den gegebenen Umständen schlage er jedoch vor, die Förderung der o. g. Maßnahme um 2.000 Euro zu reduzieren und das eingesparte Geld gleichmäßig auf die in der Drucksache 0290/2015 genannten privaten Denkmaleigentümer aufzuteilen. Sein Vorschlag wird von mehreren Ausschussmitgliedern unterstützt.

Vorbehaltlich einer Überprüfung durch die Verwaltung, ob die Umverteilung der Gelder zugunsten der Privateigentümer zulässig ist, lässt Ausschussvorsitzender Neuhausen anschließend über den geänderten Antrag abstimmen.

4 Zuschüsse für private Denkmaleigentümer **Vorlage: DezIII/0290/2015**

Beschluss:

Der Kulturausschuss beschließt, vorbehaltlich einer Prüfung durch die Verwaltung auf Rechtmäßigkeit, Zuschüsse zu den durch den Denkmalschutz entstandenen Mehrkosten für folgende Objekte bzw. zu der unter 4 genannten Maßnahme zu zahlen:

1. Baudenkmal ‚Haus Baumeister‘, Hauptstraße 32-34 in Meerbusch Lank-Latum in Höhe von 1.500 Euro.
2. Baudenkmal ‚van Haags Hof‘, Hauptstraße 19 in Meerbusch Lank-Latum in Höhe von 1.000 Euro.

3. Baudenkmal ‚Küppershof‘, Hauptstraße 32-34 in Meerbusch Lank-Latum in Höhe von 2.000 Euro.
4. Förderverein Haus Meer e. V. für die Ausrichtung des Tages des offenen Denkmals in Höhe von 1.500 Euro.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3	5	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke und Piratenpartei	1		
GESAMT	12	5	

Der Antrag ist damit angenommen.

Ausschussvorsitzender Neuhausen lässt über den auf Grund der unter TOP 3 geführten Debatte geänderten Antrag der Verwaltung abstimmen.

5 Bericht über die Arbeit der Musikschule Vorlage: FB3/0089/2015

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Vorlage der Verwaltung. Die Musikschule entwickle sich positiv, was u. a. an den stabilen Schülerzahlen zu erkennen sei. Insgesamt hätten die 2006 beschlossenen Maßnahmen die erwünschte Wirkung gezeigt. Insbesondere das Kern- und Mantel-Modell habe dazu geführt, dass auf sich ändernde Anforderungen, wie sie u. a. der demografische Wandel mit sich bringe, flexibel reagiert werden könne und die Musikschule keinerlei Auslastungsprobleme habe.

Herr Maatz weist darauf hin, dass die unterschiedliche Art, in der die Kommunen die internen Leistungen verrechnen, zu nicht vergleichbaren Kennzahlen führen könne. Am Beispiel der etwa gleich großen Musikschule Dormagen zeigt er auf, dass vor der Einbeziehung der internen Leistungsbeziehungen die Musikschule Meerbusch ein signifikant besseres Jahresergebnis erzielt habe.

Im Hinblick auf mögliche Kooperationen sei insbesondere die Zusammenarbeit mit der Musikschule Dormagen geprüft worden, da dort derzeit die Stelle der Musikschulleitung vakant sei. Die Prüfung habe ergeben, dass die Personalkapazitäten der Musikschule Meerbusch eine Übernahme der mit der Kooperation verbundenen Aufgaben nicht erlaube. Die Musikschule Dormagen kooperiere jetzt mit der Kreismusikschule Neuss.

Anschließend nimmt Erster Beigeordneter Maatz ausführlich zu dem Teil der Vorlage Stellung, in dem die mögliche Kooperation mit privaten Musikschulen eingeschätzt wird [s. Einladung zur Sitzung Kulturausschusses S. 8 Abs. 2]. Er erlaube sich, einiges aufzuklären, was im Zusammenhang mit diesem Absatz der Vorlage in der Zeitung gestanden habe. Herr Maatz betont, dass er weiterhin zum Inhalt dieses Absatzes stehe. Mangelnde Wertschätzung oder gar Diffamierung einer privaten Musikschule seien zu keinem Zeitpunkt die Absicht seiner Äußerung gewesen. Er habe Verständnis für die Betroffenheit und biete den Unternehmen das Gespräch an. Zweck seiner Darstellung sei es nicht gewesen, privatwirtschaftliche Leistungen in Misskredit zu bringen, sondern die Fragen des Ausschusses zu beantworten. Der betreffende Absatz beschreibe die Unterschiedlichkeit von privaten und öffentlichen Musikschulen. Diese habe dazu geführt, dass von vertiefenden Gesprächen Abstand genommen wurde, da sich ein wirtschaftlicher Vorteil der Zusammenarbeit nicht abbilden lasse. Zu

dieser Einschätzung komme auch das Gutachten der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) aus dem Jahre 2012, das ihn in seiner Haltung bestärke.

Ausschussvorsitzender Neuhausen dankt dem Ersten Beigeordneten für die Klarstellung und begrüßt das Gesprächsangebot.

Ratsherr Welsch bedankt sich für das mit der Vorlage zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial und fragt danach, wie die internen Leistungsverrechnungen in solcher Höhe zustande kämen. Er merkt an, das Gespräch mit den Privatanbietern hätte vorher stattfinden müssen. Er bemängelt, dass eine Auseinandersetzung mit dem Ziel, eine Kostendeckung zu erreichen, nicht stattfände.

Sachkundiger Bürger Schmoll stellt fest, bei einer Kooperation müsse es nicht zwingend um Kostenreduzierung, sondern eher um Qualitätssteigerung gehen.

Sachkundiger Bürger Radmacher stellt fest, dass er den wirtschaftlichen Sinn einer Kooperation mit Privatanbietern nicht erkennen könne.

Beratendes Mitglied Wiegner-Broscheit fragt nach, ob es von Seiten der Verwaltung eine Umfrage an den Schulen zum Thema Musikschule gebe. Herr Maatz antwortet, die Verwaltung habe eine solche Befragung nicht durchgeführt. Er wisse von einem Modell mit dem Namen „Drehtür“ am Mataré-Gymnasium, bei dem Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werde, im Rahmen des regulären Stundenplans Instrumentalunterricht zu erhalten. Es sei durchaus möglich, dass Schüler in diesem Zusammenhang nach der Belegung von Musikunterricht an der städtischen Musikschule gefragt worden seien.

Anschließend bittet er die Leiterin der Musikschule, Frau Burbulla, die Kooperation der Musikschule mit Kitas und Schulen zu erläutern. Frau Burbulla führt aus, in den Kindertagesstätten gebe es zeitlich befristete Angebote, die von den Fördervereinen der Kitas finanziert würden, damit alle Kinder daran teilnehmen könnten. Mit dem OBV Meerbusch arbeite die Musikschule im Rahmen des offenen Ganztags zusammen. Ein Angebot mit elementarem Gruppenunterricht werde über die Gebühren für die Ganztagsbetreuung abgerechnet. Für andere Unterrichtsangebote im Rahmen des offenen Ganztags würden von den Eltern die regulären Musikschulgebühren gezahlt.

Ratsherr Banse fragt nach, wieso im aktuellen Schuljahr das Früherziehungsangebot in der Kita Müllewapp nicht mehr aufgeführt sei. Er erkundigt sich weiter nach dem Stand der Chorklasse im Mataré-Gymnasium und möchte außerdem wissen, an welcher Stelle die Kosten für die Singpause im städtischen Haushalt zu finden seien.

StVD Krügel erklärt, die Singpause sei Teil des Schulunterrichts. Daher würden die Mitarbeiter anteilig dem Produkt „Schule“ zugerechnet. Dies entspreche im laufenden Schuljahr 1,5 Musikschullehrerstellen. Frau Burbulla ergänzt, die Nachfrage nach musikalischer Früherziehung in der Kita Müllewapp sei so stark zurückgegangen, dass der Unterricht dort nicht mehr weiter fortgeführt werden könne. Die Chorklasse im Mataré-Gymnasium finde gegen Gebühr statt. Die Zusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen befände sich noch in der Anfangsphase. Man sei auch mit dem Meerbusch-Gymnasium im Gespräch, mit dem Ziel, dort ein ähnliches Angebot zu machen.

Sachkundiger Bürger Hünseler vertritt die Auffassung, eine musikalische Ausbildung gehöre zum gesellschaftspolitischen Auftrag einer Kommune.

Erster Beigeordneter verweist in diesem Zusammenhang erneut auf das Gutachten der KGSt zur Musikschule, das in entsprechendem Auszug den Mitgliedern des Kulturausschusses zugänglich gemacht werden könne.

6 Ausstellungsplanung Teloy-Mühle 2016 **Vorlage: FB3/0091/2015**

Auf die Nachfrage von sachkundiger Bürgerin Buers, warum der Belegungsplan der Teloy-Mühle Lücken aufweise, antwortet StVD Krügel, die Besonderheiten des Gebäudes sprächen gegen eine durchgehende Nutzung. Wie vor längerer Zeit bereits ausführlich dargestellt wurde, führe eine zu große Beanspruchung zu einer Verstärkung der Feuchtigkeitsprobleme. Die vorliegende Nutzungsdichte stelle ein dementsprechendes Maß der Nutzung dar. Alle Nutzungswünsche im Rahmen der zweckentsprechenden Nutzung seien berücksichtigt.

7 Anträge

Es wurden keine Anträge gestellt.

8 Anfragen

Ratsherr Fischer fragt nach, wann die Schutthalden auf dem Dr.-Hans-Lampenscherf-Platz in Osterath entfernt würden und bittet die Verwaltung, dafür zu sorgen, dass der alte Zustand des Schützenplatzes wieder hergestellt wird.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Beigeordneter Dr. Gérard nimmt zu dem Protest gegen den Rückzug des LVR aus der Denkmalschutzbewertung Stellung [s. Niederschrift über die Sitzung des Kulturausschusses am 24.6.2015]. In einem Antwortschreiben vom 11. September habe der Landschaftsverband geantwortet, die Denkmalschutzbewertung bleibe selbstverständlich eine Pflichtaufgabe des LVR. Die vorherige Aussage sei lediglich als Appell an die untere Denkmalbehörde zu verstehen, dem LVR wegen Personalknappheit in Einzelfällen zur Hand zu gehen. Ausschussvorsitzender Neuhausen konstatiert, dass mit dieser Aussage also alles beim Alten bleibe.

Erster Beigeordneter Maatz schlägt vor, den Abschlussbericht zu dem Projekt „Kulturrucksack“ der Niederschrift beizufügen. Dem wird nicht widersprochen.

Er weist auf einen Flyer der Musikschule zu einer Kooperation mit der Deutschen Oper am Rhein sowie auf eine Bilddokumentation zum diesjährigen „Arbeitsplatz Kunst“ hin, die zur Information an die Ausschussmitglieder verteilt wurden.

Weiter berichtet er, dass die Gespräche mit der Stadt Kaarst über eine eventuelle Kooperation der Volkshochschulen beider Städte noch nicht abgeschlossen seien.

10 Termin der nächsten Sitzung: 25. November 2015

Vor der Sitzung treffen sich die Ausschussmitglieder um 15.30 Uhr zu einer Ortsbesichtigung auf dem Gelände von Haus Meer.

11 Verschiedenes

Sachkundiger Bürger Radmacher fragt nach, warum ein Beschluss des Kulturausschusses über die Ehrenbürgerschaft Ewald Matarés nicht umgesetzt worden sei.

Erster Beigeordneter Maatz verweist darauf, dass der Kulturausschuss in seiner Sitzung vom 4.2.2015 eine Empfehlung ausgesprochen habe und den Ausschussvorsitzenden gebeten habe, diese an den Rat weiterzuleiten. Ausschussvorsitzender Neuhausen ergänzt, in Abstimmung mit der Bürgermeisterin sei die Angelegenheit im Ältestenrat, der nicht öffentlich tagt, besprochen und abschließend geregelt worden.

Meerbusch, den 30. September 2015

Georg Neuhausen
Ausschussvorsitzender

Thomas Cieslik
Schriftführer/in